

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorau-Niederlausitz

(Sorauer Wochenblatt)

Fernsprecher Nummer 22 und 37

Böhlisch-Ronto:
Nr. 954 Berlin NW 9, 7

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. W.

Giro-Ronto
bei der Reichsbank

Ercheinungsweise (freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für 24. — 30. Sept. 1923: In Sorau in den Ausgabezeiten 5000000 M., ins Haus gebracht 5100000 M., auf dem Lande in den Ausgabezeiten der nahe Sorau gelegenen Ortsteile 5020000 M., der weiter gelegenen 5030000 M., ins Haus gebracht 100000 M. mehr, durch die Post bezogen 5000000 M. einh. Beleggeld. — Abonnenten, nur in der Reichshauptstadt Emdenstraße 2, 5000000 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsunterbrechung oder Versperrung hat der Besteller keinen Anspruch auf Vervollständigung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ ober Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise mal Schlüsselzahl 30000: Die 4 gelbpatente Kolonelle für Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Wohne- und Anzeigebote) Nr. 3 alle anderen Anzeigen Nr. 12, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Wohne- und Anzeigebote) Nr. 16, alle anderen Anzeigen Nr. 24. Im Retraumteil die 4 gelbpatente Kolonelle je Millimeterhöhe Nr. 30, auswärtig Nr. 60. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne einen Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Rabat nach seltenem Tarif, nur alljährig bei sofortiger Barzahlung; bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erfolgt lieber Anruf nach demselben.

Nummer 225

Mittwoch, den 26. September 1923

113. Jahrgang

Abbau des passiven Widerstandes.

Das W. I. B. verbreitet folgende Meldung:

Berlin, 24. Sept. Heute mittags 12 Uhr fand eine Besprechung des Reichskabinetts mit Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiet statt.

Der Reichskanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei längerer Weiterführung der Ruhrkredite wirtschaftliche, soziale und innenpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen würde, die von Regierung und Volk nicht getragen werden könnten. Er gab bekannt, daß

die Bemühungen der Reichsregierung, mit den ehemaligen Feindesmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichsten Forderungen, Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen, Wiederherstellung der Souveränität an Rhein und Ruhr, schon vor einem Abbruch des passiven Widerstandes aussehend, erfolgreich geblieben sind. Damit sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage mehr zu erwarten.

In den sich an die Darlegungen des Reichskanzlers anschließenden Besprechungen stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes, mit Ausnahme der Deutschnationalen, geschlossen auf den Standpunkt, daß aus den sich aus der finanziellen Erschöpfung ergebenden zwingenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes

der unvermeidliche Schluß gezogen werden müsse, sonst bestehe die Gefahr, daß der passive Widerstand, der eine wirksame Waffe gegen den rechtswidrigen Einbruch war, zu einer Waffe gegen das eigene Volk werde. Die anwesenden Vertreter von Rhein und Ruhr würden es übernehmen, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zur geordneten Arbeit zurückzuführen.

Nachdem die politischen Parteien ihre Erklärungen abgegeben hatten, stellte der Reichskanzler fest, daß die Verantwortung für den Entschluß zum Abbau des von der Rhein- und Ruhrbevölkerung seit neun Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde, und er sprach gleichzeitig den Vertretern der Parteien seinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, bei der Durchführung der nunmehr notwendig werdenden Maßnahmen mitzuwirken.

Am Nachmittag fand im Reichskanzlerhaus die Zusammenkunft eines größeren Kreises von Vertretern der Wirtschaftsgruppen und Berufsstände der besetzten Gebiete mit den Mitgliedern des Reichs- und preussischen Kabinetts statt. Der Reichskanzler gab den Anwesenden von der einmütigen Auffassung der Reichsregierung über die

Kotenwidrigkeit der Stilllegung des passiven Widerstandes

Kenntnis. Hiergegen wurde von keiner Seite Widerspruch erhoben. Vertreter aller anwesenden Gruppen sprachen sich zu der einschlägigen Art des Abbaus aus und äußerten ihre Wünsche hierzu im Interesse der Bevölkerung von Rhein und Ruhr. Uebereinstimmend versuchte darüber, daß die Wiederaufnahme der Arbeit geschehen nach einschlägigen Richtlinien erfolgen und ein Sondervergehen einzelner Gruppen unbedingt unterbleiben müsse. Zum Schluß betonte der Kanzler, daß die Reichsregierung auch weiter an ihren Zielen, Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Eingekerkerten und Wiederherstellung der Souveränität an Rhein und Ruhr, unter allen Umständen festhalten werde. Die Veranlassung endete mit einem starken Bekenntnis zur inneren und äußeren Einheit des Reiches.

In den gestrigen Besprechungen

bringt der „Lokal-Anz.“ der Vollständigkeit halber noch folgenden Nachtrag:

In den Vormittagsstunden empfang der Reichskanzler zunächst die parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete. Er hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage im besetzten Gebiete, beschränkte nichts und kam zu der Feststellung, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sei, den passiven Widerstand auch nur weiterhin zu finanzieren. Bei einer Fortführung würden Zustände geschaffen werden, die nicht tragbar sein könnten. Der Reichskanzler gab lediglich die nackten Tatsachen wieder und ging dann auf die Möglichkeiten ein, die sich für die Regierung ergeben. Es käme entweder die Fortsetzung des passiven Widerstandes, der Abbruch oder die Preisgabe des Ruhrgebietes in Frage. Darauf wurde die Besprechung abgebrochen, die Vertreter der politischen Parteien zogen sich zurück, und gaben später einzelne Erklärungen ab. Die Erklärungen der Vertreter der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokratie und der Deutschen Volkspartei stimmten dahin überein, daß aus der wirtschaftlichen Lage im besetzten Gebiete die Folgerungen gezogen würden. Daher müsse der passive Widerstand aufgegeben werden. Der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei von den Reichhof sprach sich gegen die Auffassung aus.

In der Nachmittags Sitzung nahmen die Vertreter aller Berufsstände und Wirtschaftsgruppen des Ruhrgebietes insgesamt etwa 150 Personen teil. Sie brachte der Reichskanzler zunächst in einer längeren Ansprache die Entschlüsse der Vormittagsitzungen zur Kenntnis. Ein Widerspruch gegen die von der Regierung und den Vertretern der Koalitionsparteien dargelegte Notwendigkeit, den passiven Widerstand aufzugeben, wurde nicht erhoben. Die Ausführungen der einzelnen Redner gipfelten in der Zustimmung, daß im Interesse der Bevölkerung und der einzelnen Berufsgruppen alles geschehen werde, um die Ordnung wiederherzustellen. Der Reichskanzler schloß die Tagung mit einer groß angelegten von vaterländischen Gebanten getragenen Ansprache, durch die sämtliche Teilnehmer sorgfältig wurden.

Weitere Berliner Besprechungen.

Heute, Dienstag, findet die Konferenz der Ministerpräsidenten statt. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß zum mindesten der bayerische Ministerpräsident von Reillich gegen das Abstoßen der deutschen Verteilungsmaßnahmen im Westen Stellung nehmen wird. Trotzdem glaubt man, daß sich auch die Mehrheit der Ministerpräsidenten der Eingetragenen mit der von der Regierung einzuhandelnden Politik einverstanden erklären wird. Am Mittwoch endlich wird das Kabinett endgültig beschluß fassen. Am gleichen Tage oder sonst am Donnerstag soll dann eine Erklärung herausgegeben werden, die durch das Reichskabinett, die Ministerpräsidenten, die Vertreter des Reiches und des Westens und die politischen Parteien des Westens und wahrscheinlich auch der Kommunisten — gedrückt werden soll.

In parlamentarischen Kreisen ist Stimmung dafür vorhanden, daß eine große politische Ansprache im Reichstage, der voraussichtlich statt Mittwoch erst Freitag stattfinden wird, stattfinden und daß nicht nur der Auswärtige Ausschuss sich mit einer Frage befassen soll, die für die Weiterentwicklung des Reiches von der allergrößten Bedeutung sein wird.

Spaltung in der Deutschen Volkspartei.

München, 24. Sept. In der Deutschen Volkspartei Bayerns ist es zu einer Spaltung gekommen. Auf dem Vertretertag der Deutschen Volkspartei in Frankfurt, der gestern in Bamberg stattfand, wurde nach eingehender Aussprache einstimmig beschlossen, aus der Deutschen Volkspartei vorkünftig auszuscheiden und die Organisation an dem alten Namen „Nationalliberale Landespartei Bayerns“ weiterzuführen. Die neue Partei verpflichtet einen Aufruf, der in dem Ergebnis ausliegt, alle Kräfte für die seelselige Vorbereitung des Volkes auf den kommenden Kampf um seine Freiheit einzusetzen. Zum Führer der Partei wurde Universitätsprofessor Dr. Lent in Erlangen gewählt.

Des Kampfes Ende.

Der übermenschliche Kampf einer waffenlosen friedlichen Bevölkerung gegen die brutale Macht der Bajonette und Lanzen des französischen Militarismus, dieser Kampf, der den deutschen Namen in der Welt wieder zur Ehre gebracht hat, ist zu Ende gegangen. Das Volk an Rhein und Ruhr wehrt sich seit neun Monaten mutig und unentwegt gegen die Raub- und Bedrückungspläne seiner westlichen Feinde. Der Widerstand gegen die politischen und materiellen Pläne des in überpanemten Machtstößen schwelgenden, die Napoleonsrolle spielenden gallischen Kampfbundes im Westen brach elementar aus den breitesten Schichten des kämpflich mißhandelten Bevölkerungsteils an Rhein und Ruhr hervor. Das gekamte deutsche Volk mit Ausnahme weniger krummer Volks- und Landesräuber weniger unter diesen Widerstand und unterstützte ihn. Die Reichsregierung konnte und wollte selbstverständlich solchen ehrenvollen und berechtigten Widerstand nicht hindern, sondern schloß sich dem Volkswillen an. Dabei darf allerdings nicht verkümmert werden, daß international eingestellte, die nationalen Interessen und den Volksgemeinschaftsgedanken gering bewertende Kreise in Deutschland nur zögernd und widerwillig mitmachten. Nichtsdestoweniger gab Deutschland, aufs Ganze gesehen, ein Beispiel davon, wie auch ein getreutes, waffenloses Volk sich gegen einen übermächtigen, in Waffen stehenden, unerbittlichen Gegner mit moralischen Mitteln und mit Mitteln des passiven Widerstandes zu wehren vermag. Nicht vom Rhein herüber, sondern von antiker Stelle in Berlin kam der erste Witz und die erste Aufforderung zum „Abbau des passiven Widerstandes“. Der heute bereits voll im Gange liegende der Entschluß der Regierung wird im Reich mit sehr gemäßigten Gesichten aufgenommen werden. Grenzlos wird die Enttäuschung im Ruhr- und Rheinlande sein. Zeitnehmer lassen die Verantwortung auf den Schultern der Regierung und zentnerschwer drückt die Sorge auf ein Volk, das nach neunjährigem unvergleichlichem Selbstkampfe sich am Ende seiner Kräfte sieht. Wenn die Regierung jetzt nach mannigfachen Beratungen ihren bisherigen Weg verläßt, so werden die Reden des französischen Ministerpräsidenten darauf nicht ohne Einfluß geblieben sein. Immer und immer wieder hat er mit vollster Deutlichkeit gesagt, daß er nicht gewillt ist, auf den Boden einer ehrlichen und gleichberechtigten Auseinandersetzung mit Deutschland zu treten, daß er alle Angebote des deutschen Reichskanzlers, alle Bemühungen um einen Ausgleich mit eiserner Stirn ablehnt und in einem neuen Diktat den Triumph über Deutschland zu erreichen sucht. Wahrscheinlich und zynischer noch sprachen aus allen Mäulern, die an bewährlicher Vertuschung der Tatsachen und demagogischer Verstellung ihres eigenen Interesses kein Wort fehlen lassen, daß die Bemühungen des deutschen Kabinetts zu Verhandlungen mit Frankreich zu gelangen, vollkommen gescheitert sind. Das offizielle Organ der Regierung bestätigte am Sonntag sogar die Meinung eines französischen Blattes, wonach Poincaré die Vertreter Frankreichs in Berlin angewiesen hat, keinerlei Besprechungen mit dem Reichskanzler mehr zu führen, so lange er nicht kapituliert habe. Die volle Unverjährbarkeit und absolute Intransigenz des französischen Ministerpräsidenten ist eine gegebene politische Tatsache, mit der gerechnet werden muß. Die neuerliche Erklärung, daß Frankreich in der Westfront bleiben werde, bis Deutschland seine „Verpflichtungen“ erfüllt habe, bedeutet auch nach englischem Urteil den Plan der endgültigen Loslösung von Deutschland, denn diese „Verpflichtungen“ sind nach der Meinung aller Sachverständigen der Welt unerfüllbar.

In Lager der Gegner wühlte man über die wahre Lage und Stimmung lieber besser. Die Welt als ansehend in den Reichsmitteln und vor allem im Lande selbst. Frohlockend wurde schon am 15. September der amtliche französische Präsident in Koblenz und Düsseldorf eine Veränderung in der Haltung der deutschen Behörden den Alliierten gegenüber feststellen“ und lobend hinzufügen, daß sie „tätigster“ werde. Stimmen der Verstärkung kamen aus den Rheinlanden, und jetzt kommt der definitive Abbau. Niemand aber kann die Zulammengedrängtheit der Weltmarkt mit dem Deutschen Reich zerreißen werden. Niemand wird durch eine vorübergehende gewalttätige Okkupation das Band zerreißen, das die Deutschen an Rhein, Ruhr und Saar mit dem übrigen Deutschland verbindet. Heute schon müssen sich Rheinlande und Reich in erster Arbeit rüsten, daß nicht ein Abbau des deutschen Reichs- und Staatsgebantens dem Abbau des passiven Widerstandes folgt. Schwerste Zeiten stehen uns allen bevor. Aber es wird kein Frieden sein in Europa und

keine Ruhe einschleichen in der Welt, bevor Rhein, Ruhr und Saar nicht wieder dort sind, wohin sie nach dem ewigen Lebensrecht der Völker gehören. Die Verantwortung für die Fortsetzung des harnenlosen Anglist, das sich über Deutschland und ganz Europa gebrüht hat, liegt bei den Feindern des deutschen Volkes und bei denen, die sie gewähren ließen. Wir aber müssen im Inneren einwenden, daß diese Niederlage in einem Ringen, wie es die Welt noch niemals in solcher Größe gesehen, keine Schande ist, daß das deutsche Volk im besetzten und unbesetzten Gebiet übermenschliches in seinem Widerstande geleistet hat, das fortbringen wird in der Geschichte als ein heroisches Beispiel der Notwehr gegen nackte Gewalt und Raubgier. Die Übermacht hat uns in unglaublicher Kampfe bezwungen. Die Überlegenheit der Waffen ist bei ihr. Der Ruhm ist unser.

Sergt über die Politik der Deutschnationalen.

Auf dem fünften Verbandstag der Deutschnationalen Volkspartei, Landesverband Niederrhein-Schwesin, in Prad der Parteivorstände, Staatsminister a. D. Dr. Sergt über die Aufgaben der Deutschnationalen Volkspartei in der Gegenwart.

Er führte u. a. aus: Wir haben als staats-erhaltende Partei die Pflicht, vor aller Defensivität darauf hinzuwirken, wie verheißt die Politik der Regierung Stresemann ist. Wir Deutschnationalen sind der Auffassung, daß bei eventuellen Verhandlungen unbedingt die Gelegenheit benutzt werden muß, um vom Versailleser Vertrag loszukommen. Das bedeutet eine maßvolle politische Lösung. Wir glauben an eine neue Weltordnung, daß wir einen Krieg mit Frankreich nicht wollen. Es wäre schon ein fürchterliches Risiko für Frankreich, wenn es versuchen wollte, weiter vorzudringen und schließlich das Risiko stellen und man wird sehen, daß sie dieses Risiko nicht eingehen.

Wir Deutschnationalen — und das erkläre ich an dieser Stelle feierlich und offiziell — wir werden diese Kapitulation nicht mitmachen.

Kommt es auch durch die Manipulationen des Stresemann-Kabinetts und die Vereinstilligkeit Poincarés zu einer verschleierte Kapitulation, so würden wir weiter wie bisher das Stavenvolle bleiben. Wenn aber Poincaré ablehnt und es doch noch um offenen Bruch kommen sollte, dann muß eine Regierung kommen, ganz und gar in den Deutschnationalen Sinne eingestellt. Wir wissen ganz genau, daß es für Deutschland ein fürchterliches Erbe sein würde, das wir antreten, aber niemals werden wir Deutschnationale aus dieser Aufgabe, wenn sie an uns herantritt, entziehen.

Nach der Rede Sergts verlas der Vorsitzende des Landesverbandes Schwesin eine

Entschließung.

die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. In dieser heißt es: Der Landesverband Niederrhein-Schwesin der Deutschnationalen Volkspartei erwartet von der Parteileitung, daß sie in der klaren Opposition gegenüber der Regierung Stresemann-Siffertius verharret. Dieser Regierung müssen wir das Vertrauen verweigern, da sie gewillt ist, den passiven Widerstand preiszugeben. Der Regierung müssen wir ferner das Vertrauen verweigern, da sie Leben und Eigentum der bürgerlichen Bevölkerung aus Stadt und Land vor kommunistischen Terroratzen nicht hinreichend schützt, und da sie durchgreifende wirtschaftliche und politische Maßnahmen aus Mangel an Willen nicht durchführen wird.

Landwirtschaft und Währungsreform

Die bisherigen Verhandlungen über den Regierungsvertrag betreffend Währungsreform sind weitergeführt worden. Die Landwirtschaft hat sich durch ihre Vertreter daran in dem Bestreben beteiligt, eine Währungsreform herbeizuführen, die eine wirkliche Reform darstellt und dauernd gesunde Verhältnisse in Frankreich zu schaffen geeignet erscheint. Ohne Erfüllung der Voraussetzungen, die dieses Ziel gewährleisten, kann die Landwirtschaft nicht zustimmen. Nach dem, was bisher über das Problem in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, macht es leider den Eindruck, daß seine Gestaltung hierzu nicht mitreife wird. Zunächst hat die Landwirtschaft vielfach bereits praktische Einrichtungen ge-